

Bezugspreis:

Für den Monat Juli 30 000 M.  
noraus zahlbar. Unter Kreuzband  
für Deutschland, Dänzig, Saar- und  
Rheinland sowie Österreich und  
Luxemburg 30 000 M., für das übrige  
Ausland 45 000 M. Postbezugspreis  
frei. Die n. d. Postbestellungen  
nehmen an Belgien, Dänemark,  
England, Estland, Finnland, Frank-  
reich, Holland, Lettland, Luxemburg,  
Österreich, Schweden, Schweiz,  
Tschechoslowakei und Ungarn.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Woll und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Siedlung und Kleingarten“  
erscheint wochentlich zweimal,  
Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 18. Juli 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion  
der Diskonto-Gesellschaft, Postfach 110, Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:  
Die einseitige Nonpareilzeile  
kostet 7000 M. Reklamzeile 5000 M.  
„Kleine Anzeigen“ das fertige  
Blatt 2400 M. (zwei bis drei  
Zeilen), jedes weitere Blatt  
1200 M. Stellenangebote das erste Blatt  
1200 M., jedes weitere Blatt 800 M.  
Worte über 15 Buchstaben zählen  
für zwei Worte. Familien-Anzeigen  
für Abonnenten Zeile 1200 M.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Schließt  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

## Das Ringen um Belgiens Seele.

Paris, 16. Juli. (W.T.B.) Aus den in einer Woche erscheinen-  
den Memoiren des ehemaligen Premierministers Asquith ver-  
öffentlicht der „Temps“ einige auf die Juli- und Augusttage 1914  
bezügliche Stellen, in denen Asquith den Eintritt Englands in  
den Krieg mit der Verletzung der belgischen Neutralität  
durch Deutschland begründet. Der „Temps“ nimmt die Veröffent-  
lichung zum Anlaß, um die Reife der Darstellung zu zeigen und  
sagt: Wenn die belgische Neutralität nicht verletzt worden wäre,  
würde England nicht in den Krieg eingetreten sein. Mit besonderer  
Schärfe entwickelt das halbamtliche Blatt noch einmal seine alte  
These von dem verspäteten Eingreifen Englands, das  
durch eine rechtzeitige klare Stellungnahme in der Lage gewesen  
wäre, den Krieg zu verhindern. Der „Temps“ kommt zu  
dem Schluß, England handle in Europa nur dann, wenn ein  
englisches Interesse ihm unmittelbar auf dem Spiel zu  
stehen scheine und nur in dem Maße, als diese Interessen sein Ein-  
greifen erforderten. Wenn man von England verlange, früher zu  
intervenieren oder Verständnis dafür, daß die Geschäfte, die Belgien  
beschlössen, auch später England beschließen würden, nachdem es  
sich an den Franzosen vergriffen, auch später England  
angreifen werde, so verlange man von den Engländern eine Vor-  
sorglichkeit, die ihrem Instinkt widerstrebe.

Im Juli 1914 habe England die Fortschritte des russischen  
Einflusses auf dem Balkan gefürchtet und an einer Verständi-  
gung mit Deutschland und der Austellung des Orients und der Koloni-  
en mitgearbeitet; im Juli 1923 fürchte England das Wachsen  
des französischen Einflusses am Rhein und träume von  
einem widerspruchsvollen Arrangement, mit dessen Hilfe Deutsch-  
land durch seine eigene Erholung den Ausschlag der englischen  
Ausführung begünstigen könne, trotzdem es durch dieselbe Erholung  
wieder ein gefährlicher Konkurrent werde. Das bezeichnete viele  
englische Geschäftsleute als praktische Politik. Wenn man sie auf-  
fordere, mit Frankreich zu gehen, um Deutschland nach den Regeln  
des Versailler Vertrages zum Zahlen zu bringen, tue man allen  
ihren Direktiven Gewalt an. Die Geschichte der letzten drei  
Jahre sei daher nur eine Aufzählung von Verstößen gegen den  
Friedensvertrag. Was habe es für einen Zweck, diese Lehren der  
Erfahrung zu bestreiten? Sie müßten den Franzosen in Fleisch  
und Blut übergehen und sie veranlassen, eine andere Kom-  
bination zu suchen, um zu ihrem Geld zu kommen. Der  
„Temps“ verlangt von Frankreich eigene Ideen.

Die Behandlung der belgischen Neutralität und Unabhängigkeit  
im jetzigen Augenblick sucht der „Temps“ zu rechtfertigen, da die  
großen Tage des Jahres 1914 in acht Tagen sich zum neuntenmal  
jahren. Die eigentliche Absicht, die diesem alleinstehenden Presse-  
mandat zugrundeliegt, erhellt aus den mitgeteilten Äußerungen  
des Londoner Berichters im „Echo de Paris“ über die kri-  
tische Lage Belgiens, das nach seiner Darstellung vor der  
Wahl stehe zwischen England und Frankreich. Bestätigt wird diese  
Auffassung durch den Leitartikel im „Journal des Débats“, in dem  
es heißt, es bestehe Grund zu der Annahme, daß auch Belgien die  
britische Kombination, die Frankreich ablehne, trotz der verzweifeltsten  
Anstrengung Curzons, Belgien von Frankreich zu trennen, nicht  
zulassen werde. Von dem Ausgang der gegenwärtigen Krise  
hänge geradezu die Unabhängigkeit Belgiens ab. Wenn  
das Brüsseler Kabinett heute dem Berliner und Londoner Druck  
nachgebe und Frankreich allein lasse, so sehe es sich ähnlichen Ge-  
fahren wie 1914 aus. Sollte die Auflösungsarbeit der englisch-  
belgischen Allianz von Erfolg sein, so trage sie alle Kennzeichen des  
Konkurrenzneides an sich. England würde dann feststellen,  
daß es trotz Verschwindens der Kriegslust politisch den Krieg  
verloren habe.

Selbst wenn die Vorwürfe des „Temps“ gegen Englands Rolle  
in den kritischen Julitagen von 1914 berechtigt wären, so bleibt es  
nichtsdessenweniger eine grobe Geschmacklosigkeit dieses offi-  
ziösen Pariser Blattes, wenn es heute derartige Anklagen gegen  
ein Volk erhebt, durch das es von einer vernichtenden Niederlage  
im Weltkriege gerettet wurde. Und es ist auch sehr zweifelhaft,  
ob gerade diese Art von Argumentation auf Belgien den er-  
strebten Eindruck machen wird.

### Reparationszucker verlangt.

#### Anrufung der Reparationskommission.

Paris, 17. Juli. (Eca.) Die Reparationskommission wird, wie  
der „Temps“ mitteilt, morgen deutsche Sachverständige anhören und  
später zu der Frage, ob Deutschland verpflichtet ist, auf Reparations-  
konto Zucker an Stelle der Sachlieferungen zu liefern, die in einem  
Paragraphe 19b, Anlage 2, Zeile 8, vorgesehen sind, der infolge  
einer Entscheidung der alliierten Regierungen am 5. Mai 1921 in  
den Friedensvertrag aufgenommen wurde und folgender-  
maßen lautet: „Die Zahlungen in Gold oder gleichen Werten, die  
als Anzahlung auf die festgestellten Erfordernisse der alliierten  
und assoziierten Mächte zu leisten sind, können jederzeit von der  
Kommission in Form von beweglichen und unbeweglichen Gütern,  
Waren, Unternehmungen, Rechten und Konzessionen in deutschem  
und außerdeutschem Gebiet, Schiffen, Obligationen, Aktien oder  
Wertpapieren aller Art oder deutschen oder ausländischen Geldorten  
angenommen werden; ihr entsprechender Goldwert wird von der  
Kommission selbst

nach Recht und Billigkeit  
festgesetzt.“ Frankreich und Italien haben Deutschland aufgefordert,  
in Ausführung dieses Paragraphen ihnen Zucker zu liefern.  
Deutschland hat geantwortet, daß der Zucker nicht unter diese  
Kategorie beweglicher Güter und Waren falle. Da es sich um die  
Auslegungsfrage einer Bestimmung des Teiles 8 handelt, ist die vor-  
herige Anhörung deutscher Delegierter geboten. Deutschland be-  
hauptet, daß es

#### seit der Ruhrbesetzung nicht mehr verpflichtet

sei, die vorgesehenen Lieferungen auszuführen. Der „Temps“ meint,  
die Reparationskommission werde den deutschen Sachverständigen  
nicht gestatten, diese Einwendung zu erheben. Es verbleibe  
alsdann noch die Frage des Auslegungsrechts der Reparations-  
kommission, diese sei nach Anhörung der deutschen Vertreter sou-  
verän. Indessen habe der Oberste Rat am 13. August 1921 be-  
stimmt, daß im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen den  
Delegierten der Reparationskommission über die Interpretation des  
Abschnittes 8 die Frage nach einer Verständigung unter den Alliierten  
einem Schiedsgericht unterbreitet werden könne. Der  
Schiedsrichter muß alsdann einstimmig von allen Delegierten be-  
zeichnet oder, falls eine Einigung nicht zustande kommt, vom Völker-  
bundrat ernannt werden. Der Schiedspruch des Schiedsrichters soll  
alle Interessierten Parteien verpflichten.

### Poincarés Erfolg.

#### Amerika bleibt abseits und untätig.

New York, 17. Juli. (W.T.B.-Funktspruch.) Journal of Com-  
merce“ erzählt aus Washington: Die Stellung Poincarés gegen  
die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Festsetzung der  
Reparationszahlungen Deutschlands habe den Sinn, daß die Aus-  
sichten auf die Teilnahme Amerikas an der Regelung nunmehr fast  
völlig in den Hintergrund treten sollen. Es sei ein für allemal  
darauf hingewiesen worden, daß, wenn nicht durch die Räte Wal-  
dwins eine Einigung der Alliierten zustande komme, Amerika fort-  
fahren werde, beiseite zu stehen. In Regierungskreisen vermöge man  
keinen Ruhen für die Vereinigten Staaten darin zu erblicken,  
daß sie dem Reparationsproblem näherträten, bevor ihre Mit-  
wirkung praktischen Erfolg haben könne. Angesichts des Gegen-  
satzes zwischen Frankreich und seinen Alliierten in der Ruhrpolitik ver-  
mögen die Regierungskreise nicht zu glauben, daß unter den gegen-  
wärtigen Umständen irgend etwas für die Sache gewonnen  
werden könne.

#### Waldwins Note in Vorbereitung.

London, 17. Juli. (Reuter.) Die Vorbereitung der britischen  
Antwort an Deutschland und der begleitenden Mantelnote an die  
Alliierten beschäftigt noch immer die britischen Sachverständigen.  
Es verlautet, daß die Mantelnote darlegen wird, aus welchem  
Grund die britische Regierung glaubt, daß die deutsche Note eine  
Antwort verdiene, und im allgemeinen auseinandersehen wird,  
welche Schritte zur Lösung des Reparationsproblems für nötig ge-  
halten werden. Die Mantelnote wird an die französische, belgische,  
italienische und japanische Regierung gleichzeitig mit dem Entwurf  
der Antwort an Deutschland gesandt werden.

#### England zu Konzessionen bereit — aber nicht einseitig.

London, 17. Juli. (E.P.) „Daily News“ teilen mit, daß der  
englische Antwortentwurf kurz, das Begleit Schreiben aber lang  
sein werden und im einzelnen den Antwortentwurf begründen.  
Wenn die Alliierten bereit seien, Konzessionen zu machen,  
werde sich die englische Regierung bereit erklären, den Entwurf unter  
Umständen abzuändern. Eine Abänderung sei bezüglich des  
passiven Widerstandes und der Ernennung einer Sach-  
verständigenkommission möglich.

#### Die Rede Smuts'.

Pietermaritzburg, 17. Juli. (Reuter.) Smuts sagte in seiner  
Rede u. a. noch, Baldwin habe seinerzeit mit dem Abschluß der  
Schuldenfundierungsverhandlungen mit Amerika einen ausgezeichneten  
Anfang zu seiner jetzigen Tätigkeit gemacht. Er begreife  
die Lage und sage den Vätern Europas, daß der Friede wieder  
hergestellt werden müsse. Er, Smuts, hoffe, daß diese Bemühungen  
und die Bemühungen derjenigen, welche Baldwin innerhalb und  
außerhalb des britischen Reiches unterstützen, so stark sein werden,  
daß schließlich die Kräfte des Friedens die noch immer sich regenden  
Kräfte des Krieges überwiegen und überwinden.

### Die Krise in der katholischen Volkspartei.

Rom, 17. Juli. (E.P.) Ueber die Tragweite und die Folgen  
der Krise innerhalb der Volkspartei bewahren deren Führer  
große Zurückhaltung. Meda erklärte, die katholische Kammer-  
gruppe habe durch ihre Stimmhaltung das Land gerettet.  
Der aus der Gruppe ausgestoßene Abgeordnete Cavazzoni gab  
der Ansicht Ausdruck, daß die Krise der Volkspartei sich nach Schluß  
der Kammer weiter entwickeln werde. Das Parteisekretariat  
hat die Zusammenberufung des Nationalrates beschlossen, um die  
vorgenommenen Ausstufungen und die Haltung der Gruppe bei der  
Abstimmung vor der letzten Instanz entscheiden zu lassen. Durch  
den Austritt einiger weiterer Abgeordneter ist eine weitere  
Zersplitterung eingetreten.

## Eine unvollkommene Denkschrift.

Von Philipp Scheidemann.

Die Reichszentrale für Heimadient, der wir neben  
manchen überflüssigen Publikationen auch einige wertvolle  
Schriften verdanken, hat soeben eine Denkschrift veröffentlicht,  
die im Zentralverlag G. m. b. H. zu Berlin erschienen ist unter  
dem Titel: „Die Entwicklung der Reparations-  
frage“. Der erste Satz der Schrift, die eine Fülle wertvolles  
Material enthält, lautet wie folgt: „Auf den folgenden Blättern  
wird in kalendermäßiger Aufzeichnung der Gang der politi-  
schen und wirtschaftlichen Ereignisse seit dem militärischen  
Zusammenbruch Deutschlands dargestellt. Eine sachliche An-  
einer Erläuterung und des Kommentars.“ Mit einer solchen  
sachlich-kalendermäßigen Aufzeichnung könnte man sich freudig  
einverstanden erklären, denn die Sauen, in denen uns offiziell  
und offiziös zusammengestellte Tatsachen oft überreicht werden,  
sind den meisten Politikern ohnedies zuwider.

Leider sind die zusammengestellten Tatsachen, gegen die  
im übrigen nicht der geringste Einwand erhoben werden soll,  
nicht vollständig. Statt aller weiteren Betrachtungen  
mögen zwei fehlende gewichtige Tatsachen hier angeführt wer-  
den. In der Denkschrift heißt es:

27. September 1918. Rede Wilsons in New York. . . Alle  
internationalen Abmachungen müssen vollständig der übrigen Welt  
mitgeteilt werden.

5. Oktober 1918. Deutsche Note an Wilson: Annahme der  
14 Punkte; Bitte um Friedensverhandlungen.

Hat sich denn zwischen dem 27. September und dem 5. Ok-  
tober 1918 wirklich gar nichts ereignet, das unter allen Um-  
ständen hätte verzeichnet werden müssen? Wie kam es denn,  
daß am 5. Oktober Präsident Wilson von Berlin aus um  
Frieden gebeten wurde? Gerade das ist auffälligerweise in  
der Denkschrift vergessen worden. Deshalb soll es hier zu Ruh  
und Frommen aller, die historische Tatsachen von größter Be-  
deutung nicht verwischen lassen wollen, nachgetragen werden:

28. September 1918. Die Oberste Heeresleitung  
(Hindenburg-Ludendorff) fordert vom Reichsfinanzier die so-  
fortige Herausgabe eines Friedensangebots an  
die Entente.

29. September 1918. Der Reichsfinanzminister Prinz Max von  
Baden, der mit der Bildung einer neuen, auf demokratischer Basis  
zu errichtenden Regierung beschäftigt war, läßt den Vertreter der  
Reichsregierung bei der Obersten Heeresleitung, Freiherrn von  
Perthner, telegraphisch und telephonisch anweisen, Hindenburg und  
Ludendorff wegen des überraschenden Schreies nach Frieden sofort  
zur Rede zu stellen.

1. Oktober 1918 (vormittags). Freiherr von Perthner tele-  
graphiert an den Reichsfinanzminister aus dem Großen Hauptquartier:

„General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern  
aus sofort nach Washington weitergehen müsse. 48 Stunden  
könne die Armee nicht warten. Er bäte Eure Exzellenz  
dringendst, alles zu tun, damit das Angebot auf aller-  
schleunigste Weise durchläufe.“

Ich wies deutlich darauf hin, daß der Feind trotz aller Be-  
schleunigung kaum vor Ablauf einer Woche antworten werde. Der  
General betonte, daß alles darauf ankäme, daß das Angebot bis  
spätestens Mittwoch nacht oder Donnerstag früh in den Händen der  
Entente sein müsse und bittet Eure Exzellenz, alle Hebel dafür in  
Bewegung zu setzen. Er glaube, daß zur Beschleunigung vielleicht  
die Note von der schweizerischen Regierung durch Funkspruch von  
Rauen mit Schweizer Chiffre gegeben werden könne.“

1. Oktober 1918 (mittags 120 Uhr) telegraphieren Hinden-  
burg-Ludendorff an den Reichsfinanzminister v. Sauer:

„Wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vor-  
handen ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin  
ich mit dem Ausschub bis morgen einverstanden. Sollte da-  
gegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so  
halte ich die Erklärung an die fremden Regie-  
rungen heute nacht für geboten.“

3. Oktober 1918 telegraphiert Prinz Max, der inzwischen  
offiziell Reichsfinanzminister geworden war und die neue Regierung ge-  
bildet hatte, an die Oberste Heeresleitung:

„Bevor ich mich über die Einleitung der von der Obersten  
Heeresleitung gewünschten Friedensaktion schlüssig mache, beehre ich  
mich, Eure Exzellenz um Stellungnahme zu folgenden Fragen zu  
bitten:

1. Wie lange kann die Armee den Feind noch jenseits der  
deutschen Grenze halten?
2. Ruß die Oberste Heeresleitung einen militärischen Zusammen-  
bruch erwarten und beabsichtigenfalls in welcher Zeit? Würde der  
Zusammenbruch das Ende unserer militärischen Widerstandskraft  
bedeuten?
3. Ist die militärische Lage so kritisch, daß sofort eine Aktion  
mit dem Ziel Waffenstillstand und Friede eingeleitet werden muß?
4. Für den Fall, daß die Frage zu 3 bejaht wird, ist die Oberste  
Heeresleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion  
unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher  
Kolonen und deutschen Gebietes, namentlich Ost- und Westpreußens und  
reine polnische Kreise der östlichen Provinzen führen kann?
5. Ist die Oberste Heeresleitung mit Abwendung des anliegenden  
Rotenentwurfes einverstanden?“



3. Oktober 1918 (am selben Tage) telegraphieren Hindenburg-Ludendorff an den Reichskanzler Brinzen Max zurück:

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 28. September d. S., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebots an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder veräumdete Tag kostet Tausenden von Soldaten das Leben.

Dieser fürchterlichen Angst- und Notschreie wegen, die die Generale Hindenburg und Ludendorff Tag für Tag ausstießen, mußte Prinz Max am 5. Oktober die Note an Wilson richten. Warum aber wird in der „kalendermäßig“ zusammengestellten Denkschrift alles unterdrückt, was sich zwischen dem 29. September und dem 5. Oktober abgespielt hat? Wir wissen es nicht. Aber das wissen wir genau, daß mit dem Abdruck der von uns oben angeführten Tatsachen die heimtückische Verleumdung von dem Dolchstoß glänzend ad absurdum geführt worden wäre.

Was führen die Generale Hindenburg und Ludendorff Ende September und Anfang Oktober 1918 als Gründe für den bevorstehenden Zusammenbruch an? Man lese das obige Telegramm genau nach: Zusammenbruch der mazedonischen Front, die Verluste des eigenen Heeres und die wachsende Liebermacht der Feinde!! Die „Revolution“, die Folge des Zusammenbruchs, fand erst am 9. November, also 6 Wochen nach den Hilfschreien der Generale statt. Sie wird heute als die Ursache des Zusammenbruchs hingestellt.

In der Denkschrift fehlt noch ein sehr wichtiges Datum; es wird nämlich der Tag schämig übergangen, an dem auf die Frage Erzbergers, ob er die juristischen Waffenstillstandsbedingungen tatsächlich unterzeichnen solle, General Hindenburg telegraphisch geantwortet hat:

10. November 1918. Großes Hauptquartier. In den Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterungen in folgenden Punkten zu erbringen: 1. Verlängerung der Räumungsfrist auf zwei Monate, wobei die Hauptzeit auf die Räumung der Rheinprovinz, der Pfalz und Hessens fällt. Sonst Zusammenbruch des Heeres, weil technische Ausführung absolut unmöglich. 2. Durchmarsch rechten Heeresflügels durch Rahrhitzbühl. 3. Wegfall neutraler Zone aus Ordnungsgründen, zum mindesten Verminderung auf 10 Kilometer. 4. Ehrenvolle Kapitulation Ostafrikas. 5. Erhebliche Verringerung des abzugebenden Eisenbahnmateriale, sonst schwerste Gefährdung der Wirtschaft. Belassung des Personals gemäß A 7 nur in kleinem Umfang möglich, nähere Abmachungen hierüber nötig. 6. Lastkraftwagen im Heer nur 10 000, davon 50 Proz. betriebsfertig, vorhanden. Abgabe in der geforderten Höhe würde völligen Zusammenbruch der Heeresversorgung bedeuten. 7. Jagd- und Bombenflugzeuge nur 1700 vorhanden. 8. Bei einseitiger Kriegsgefangenenabgabe müssen wenigstens Vereinbarungen über Kriegsgefangenenbehandlung bestehen bleiben. 9. Blockade für Lebensmittel öffnen; zur Regelung der Verpflegungsfrage sind Kommissare unterwegs.

Gelingt Durchführung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen.

Gegen Ablehnung Punkte 1, 4, 5, 6, 8, 9 wäre flammender Protest unter Berufung auf Wilson zu erheben. Bitte Entschluß Regierung in diesem Sinne schleunigst herbeizuführen.

Hindenburg.  
Es ergibt sich aus den in der Denkschrift nicht verzeichneten Daten also: 1. daß die Heeresführung schon im September 1918 sofortigen Frieden und Waffenstillstand ver-

langte, weil sie sonst, obwohl das angeblich von hinten erdolchte „deutsche Heer noch festgefügt“ stehe, „zu schwerwiegenden Entschlüssen“ gezwungen werden könnte. (Kapitulation!) 2. Daß infolge dieser nervösen Hilferufe das festgefügte Heer tatsächlich kampfunfähig gemacht wurde. 3. Daß die Waffenstillstandsbedingungen (Herausgabe und Zerföderung der Waffen usw.) auf Befehl Hindenburgs unterzeichnet worden sind!

Von alledem soll dem deutschen Volk offenbar möglichst wenig bekannt werden, weil sonst der der Republik gemeingefährliche Spuk der „aktiven“ Phantasien, die jetzt wieder heldenhast mit den Jungen raffen, im Handumdrehen erledigt wäre.

## Kommunisten und Faschisten.

### Wer will den Bürgerkrieg?

Die Aufsätze, die hier über das Thema des Bürgerkriegs veröffentlicht wurden, haben in der Presse lebhafteste Auseinandersetzungen hervorgerufen. Sachliche Momente von irgendwelcher Bedeutung sind aber dabei nicht zutage getreten, sondern die äußerste Linke wie die äußerste Rechte haben sich darauf beschränkt, die Ausführungen des „Vorwärts“ nach ihren eigenen parteipolitischen Bedürfnissen zu verfälschen und zu verdrehen. Eine Diskussion aber, die sich darin erschöpfen müßte, zum Zweck der Richtigstellung schon Gesagtes zu wiederholen, ist wenig reizvoll.

Auch in Blättern der Mittelparteien, so in der volksparteilichen „Zeit“, ist dem „Vorwärts“ vorgeworfen worden, er male den Teufel an die Wand. Ja, wenn es das sicherste Mittel zur Verhinderung unerwünschter Ereignisse wäre, daß man über sie nicht schreibt, dann brauchte ja nur die Presse ihr Erscheinen einzustellen, und wir lebten sofort in der glücklichsten aller Welten. Leider zwingt die rechtsradikale Verschwörerpropaganda durch ihre zunehmende Frechheit dazu, gewisse Eventualitäten, die kein vernünftiger Mensch wollen kann, in den Bereich der Erwägungen zu ziehen. Dieser Zwang ist um so stärker, als bei den sozialdemokratischen Massen nicht das Vertrauen besteht und nach Lage der Dinge auch nicht bestehen kann, daß man den Schutz der Republik ruhig der Reichsregierung überlassen dürfe.

Tiefbedauerlich ist, daß die kommunistische Presse durch ihr blödsinniges Maulausstreifen der reaktionären Presse täglich neuen Stoff für den Vorwand bietet, die Bürgerkriegsgefahr komme gar nicht von rechts, sondern von links. Dieses Gehabensein ist um so verwerflicher, als es lediglich agitatorischen Zwecken dient, hinter denen gar keine weitere Absicht steht.

Die Kommunisten wissen ganz genau, daß ein gewalttätiger Vorstoß, den sie heute unternehmen würden, gar nicht anders enden könnte als mit ihrem vollständigen Untergang. Wenn sie die Dinge so darstellen, als könnten und wollten sie nächstens die Sowjetfahne über Berlin und ganz Deutschland aufpflanzen, so ist das ein hohles renommistisches Gerede, das von denen, die es verüben, am wenigsten ernst genommen wird. Der Schaden, der durch solches Geschwätz angerichtet wird, läßt sich aber gar nicht ermessen — denn wehe, wenn in naiven Gemütern dadurch Illusionen geweckt werden, die vor der Wirklichkeit nicht standhalten!

Der Kommunismus scheint jetzt seine einzige Aufgabe darin zu erblicken, dem Faschismus die Parole zu liefern, die er für den Bürgerkrieg braucht. Praktische Bekämpfung des Faschismus muß also verbunden sein mit dem Schutz der Arbeitermassen vor der kommunistischen Verblöndungsarbeit und rastloser sozialdemokratischer Aufklärung. Durch Lügen und Ausschneidereien, wie sie bei den Kommunisten üblich sind, kann man die Massen nur ins Verderben führen, nicht sie für kommende Kämpfe schulen, wie es notwendig ist.

Wenn wir die Zukunft haben, daß es den arbeitenden Massen in Deutschland gelingen wird, mit dem Faschismus fertig zu werden, so ist es nicht wegen der Kommunisten, sondern trotz der Kommunisten.

## Deutschvölkische Tilleulenspiegelerei.

### Der „Vorwärts“ als Justizmörder.

Die Deutschvölkischen sind seit jeher groß in der Kunst gewesen, sich als unschuldig Verfolgte hinzustellen. Neuerdings hat es ihnen der Erlaß des preussischen Innenministers angefallen, demzufolge die Deutschvölkische Freiheitspartei perfekt bei kommenden Wahlen in Preußen keine Berücksichtigung finden wird. Das sei ein Bruch des Artikels 125 der Reichsverfassung, der Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis gewährleistet. Die Herren von Graefe, Bulle und Henning scheinen absolut farbenblind zu sein. Sonst müßten sie wissen, daß eine Deutschvölkische Freiheitspartei in Preußen nicht existiert und daß die ehemalige Freiheitspartei nach der vom Reichsgericht als zu recht bestehend erklärten Auffassung des preussischen Innenministers keine eigentliche Partei, sondern nur Deckmantel und Sammelbecken für verbotene Organisationen gewesen ist. Sollten sich also bei einer Wahl Stimmzettel mit dem Kennwort „Deutschvölkische Freiheitspartei“ vorfinden, so müßte das als ein beplatzter Aprilscherz angesehen werden.

Aber die Deutschvölkischen sind sich sehr wohl bewußt, daß die unrichtige Auffassung nicht auf Seiten des preussischen Innenministers, sondern auf ihrer Seite liegt. Das zeigt ein langes Klageschreiben des Herrn von Graefe-Goldbeck an den Reichskanzler, das recht beweglich nach einer Aufhebung des Verbots der Freiheitspartei ruft. Was wird da alles in Bewegung gesetzt, um die Morenmaschine vorzunehmen! Die Freiheitspartei sei unschuldig, Kosschak sei unschuldig (den soeben noch das Reichswehrministerium auf das schlimmste bloßstellte), die Untersuchung gegen Kosschak habe nicht das geringste Belastungsargument zutage gefördert, linksradikale Kampforientationen und Banden schlahteten deutschvölkische Arbeiter und Jungmänner in vielfacher Weise ab. Es ist wirklich staunenswert, was den armen Freiheitsparteilern für Ungemach passiert! Aber der Gipfel ist es doch, was der „Vorwärts“ für dunkle Machinationen in die Wege leitet. Man höre und staune:

Diese Untersuchung (gegen Kosschak, Ann. d. Red.) hat sich dank der geradezu sieberhaften Anstrengungen des Herrn Severing und seiner Organe, durch willkürliche Hausdurchsuchungen, durch Hineinziehen von Vorgängen in Magdeburg, Paderborn usw., die schon mit Herrn Kosschak direkt nichts, noch weniger aber mit der Freiheitspartei zu tun hatten (!), monatelang hinausgezogen und wird jedesmal, wenn sie vor dem Abschluß steht, durch neue Agitationsmanöver des „Vorwärts“ in einer Weise neu verzögert, die sich gegenüber dem seit fünf Monaten unschuldig im Gefängnis sitzenden Herrn Kosschak zum Justizmord gegenüber der in ihren verfassungsmäßigen Rechten vergewaltigten Freiheitspartei zum politischen Skandal ersten Ranges ausmacht.

Angelehnt derart unsinniger Behauptungen, die der „Vorwärts“ auf sich beruhen lassen kann, die aber die Rechtsorgane des Reiches auf das schimpflichste verdächtigen, muß man sich fragen, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um die Freiheitsparteilern, die sich ihr in immer ausdringlicherer Weise nähern, von sich abzuschütteln. Das Schreiben des Herrn v. Graefe ist, wie das bereits von uns zitierte Schreiben des Herrn Bulle, an Reichskanzler Cuno gerichtet. Beide Schreiben werden von der Freiheitspartei in der Öffentlichkeit kopiert, und sind geeignet, das Ansehen des Reiches, der Reichsregierung und der reichsdeutschen Rechtsinstanzen auf das empfindlichste zu schmälern. Eine Antwort von der Reichsregierung ist also unbedingt notwendig, wenn sie sich nicht selbst den absurdesten Verdächtigungen aussetzen will.

Minister Severing wird gegen das „Deutsche Tageblatt“ Strafantrag wegen Verleumdung stellen, weil es gegen ihn in einem Artikel den Vorwurf erhoben hat, er bereite mit Unterstützung der Kommunisten in Preußen, Thüringen und Sachsen den Bürgerkrieg vor.

## Der Unterschied.

Skizze von Ernst Prezzang.

Leopold Härtel, der Schlossergeselle, hatte einen heißen Tag hinter sich. Er war — bei dreißig Grad im Schatten — fogusogen in allen landwirtschaftlichen Maschinen auf dem Gutshofe herumgetrocknet, hatte geschwitzt, gefiebt und nebenbei die Schmiere mit seinem Anzug abgewischt, was sich nicht immer vermeiden läßt. Nun, auf dem Nachhausewege kam er sich selbst etwas verstaubt und dreckig vor, und er begrüßte deshalb mit Freuden den See, der sich hinter dem Dorfe ausbreitete. Dieser See war zwar eigentlich die Badedamäne der Sommerfröhen, die das Dorf bevölkerten, und auch jetzt sah er ihr buntes Häuflein auf der Wiese lagern und sich im Wasser herumtummeln, aber der Teich war groß genug, um auch noch einem „Luftseiler“ Platz zu geben. Schiffsdichte und Gebüsch verwehrten überdies einen freien Ueberblick. Darum besann sich Leopold Härtel keinen Augenblick, wach von der Straße ab, suchte sich eine gehörige Strauchbedeckung, warf die Kleider von sich und tauchte mit Behagen in der ersten Schilddichtung unter. Wer Seife hat, wäscht sich mit Seife. Wer so unvorbereitet ins Wasser kommt wie Leopold nimmt Sand, Morast, Kraut. Ja, er schauerte sich, bis er lünte, dann schrie er „Juhu!“ und schwamm in den See hinaus. Er schwamm auf dem Bauch, legte sich auf die Seite, paddelte auf dem Rücken und achtete nicht der übrigen Welt. Und war darum nicht wenig verwundert, plötzlich ein Mädchen, Stöhnen, Surgen und Hilferufen in seiner Nähe zu hören. Richtig, da fochten ein paar Arme und Beine verzweifelt mit der großen Fruchtigkeit, und ein schwarzer Mädchenkopf prustete bald unter, bald über dem Wasser. Leopold kam gerade noch zurecht, ihn ganz vor dem Versinken zu bewahren. Er packte das Mädchen mit der Linken und ruderte mit der Rechten dem Lande zu. Dort ließen sie aufgeregt durcheinander, schrien, suchten mit den Händen, und die Bewegten watschelten dem Reiter entgegen.

Als er genügend festen Grund erreicht hatte, stellte er das Mädchen auf die Beine; es schwankte noch und blickte verwirrt umher, stammelte unklare Dankesworte, aber dann fand es der Stützen genug, die es in die Arme der Mutter geleiteten. Das war Leopold nicht unlieb, weil er, wie gesagt, ganz unvorbereitet ins Wasser gegangen war. Er drehte also wieder um —

„Gestatten Sie“, eine leuchtende Stimme meldete sich hinter ihm, „ich bin der Vater der jungen Dame und danke Ihnen von ganzem Herzen. Krusius ist mein Name. Direktor Krusius —“

„Härtel.“ Leopold zog sich langsam weiter zurück. „Die Sache ist nicht der Rede wert.“

„Doch, doch, für mich doch. Sie müssen es meiner Tochter schon erlauben, Ihnen nachher persönlich zu danken. Ich erlaube mir, Sie zu einem Glase Wein einzuladen.“

„Danke, danke.“ Leopold lachte und schwamm schon.

„Ein allzu bescheidener junger Mann“, sagte Herr Krusius zu seiner Frau und Tochter, als er wieder am Lande war. „Dort hinterm Schilf verschwindet er. Ich hoffe, Eise, daß du ihn nicht so ohne weiteres entweichen läßt.“

Inzwischen bereite sich Leopold, in seinem Arbeitsanzug zu kommen. Man konnte nicht wissen... schließlich drehten sie ihm noch die Rettungsmedaille an.

Er warf eben seinen Rucksack über den Rücken und trat aus dem Gebüsch — da standen sie vor ihm: Vater, Mutter, Tochter. Erstaunt und fast erschrocken bedugten sie ihn.

Herr Krusius sah sich zuerst: „Liebe Eise, dein Lebensretter, Herr Härtel.“

Sie reichte ihm zögernd und errötend die Hand: „Ich weiß nicht, wie ich Ihnen danken soll.“

Auch die Mama gab die Patzche: „Wie sollen wir Ihnen danken, Herr Härtel?“

„Gar nicht“, lachte der. „Es war wirklich kein Kunststück.“ Herr Krusius war mit seiner Brieftasche beschäftigt.

„Guten Abend!“ Ein schroffer Abschiedsgruß des Schlossergesellen.

„Du müßtest ihn doch zu einer Flasche Wein einladen“, spottete die Madame.

„Wertwürdig.“ Krusius blickte nachdenklich hinter ihm her. „Rach! sah der Mensch ganz anständig aus!“

Das Kind in der Höhe. Die Höhe scheint dem Kinde gar nichts zu machen. Die Höhe wohl verwundert, wenn sie sehen, wie die Kleinen ruhig in den brütenden Sonnenstrahlen spielen, während die Erwachsenen sich in den Schatten gesüßet haben. Aber tatsächlich „macht“ die Höhe dem Kinde sehr viel, und man tut sehr unrecht, die Kinder nicht ebenfalls im Schatten zu halten. Seht man ein Kind stark der Höhe aus, so schädigt man damit seine Lebenskraft und schafft die Ursache für ein schlechtes Befinden in den späteren Monaten. Kinder werden allerdings selten vom Hitzschlag oder Sonnenstich befallen, weil ihre Herzen gesund und die anderen Organe noch ungeschädigt sind. Aber sie leiden doch sehr unter der Höhe, indem die übertriebene Inanspruchnahme des Körpers bei hoher Temperatur eine Schwächung herbeiführt. Das Kind, besonders das Stadtkind, wird sowieso schon während der heißen Monate entkräftet, verliert an Widerstandsfähigkeit und greift die Reserven an, die ihm helfen sollten, etwaige Krankheiten, die in den Wintermonaten lauern, glücklich zu überleben. Je mehr sich die Lufttemperatur der Körpertemperatur nähert, desto schwerer wird es dem Organismus, sich diesen ungewöhnlichen Verhältnissen anzupassen. Die Wärmeregulierung, die der Körper vornimmt, wird in Zeiten großer Hitze gestört, und das ist eine Gefahr für das Kind. Deshalb ist es unbedingt notwendig, es möglichst wenig der Sonne auszusetzen und im Schatten zu halten. Auch für genügend Schlaf muß bei den Kleinen gerade in dieser Zeit gesorgt werden. Mangel an Schlaf ist einer der wichtigsten Faktoren, die in der Hitze zur Entkräftung des kindlichen Körpers führen. Ein Kind, das am Tage

wenigstens eine Stunde in einem schattigen Zimmer schläft, wird dadurch gegen viele Schädigungen gesiebt. Wie die Eltern ihre Kinder schlafen lassen sollen, so dürfen sie sie andererseits nicht zum Essen zwingen. Wenn das Kind an heißen Tagen keinen Appetit hat, so braucht man sich darüber nicht zu beunruhigen, denn die Natur, die viel klüger ist als die Menschen, weiß, daß der Mensch in der Hitze weniger Nahrung braucht. Ebenso leitet der Instinkt das Kind richtig, wenn es mehr Flüssigkeit haben will. „Es kann doch nicht gut sein, daß das Kind so viel Wasser trinkt“, denkt die Mutter. Es ist aber trotzdem gut, und sie lasse es ruhig trinken.

Das Flugzeug in der Hochseefischererei. Man braucht sich heute nicht mehr zu wundern, wenn sich eines Tages die Fischer nicht mehr an Bord ihrer Boote, sondern an Bord eines Flugzeuges oder eines lenkbaren Luftschiffes begeben werden, um ihrem Beruf nachzugehen. Das Flugzeug als Helfer der Fischer ist die neueste Glorrie auf dem Siegeszug des Aeroplans. In Amerika hat man bereits daran gedacht, für die Zwecke der Hochseefischererei einen besonderen Luftdienst zu organisieren. Schon vor zwei Jahren hatte ein kanadischer Flieger den Fischern von Newfoundland wertvolle Dienste geleistet, und erst kürzlich glückte einem englischen Flieger auf dem Kanal die Auffindung eines großen Heringschwarms. Unter allen Methoden der Luftjagd zur See für den Fischfang ist die mit Hilfe des Flugzeuges die weitaus beste. Vermöge seiner großen Schnelligkeit kann der Aeroplan in verhältnismäßig kurzer Zeit ein weitgehendes Fischereigebiet aufsuchen, und wenn zwischen dem Apparat und den Fischereiboote ein Verständigungsmittel besteht, so können keine Informationen mit gleicher Schnelligkeit den Fischern übermittelt werden.

Die Erkundung der Gewässer von Bord eines Flugzeuges aus ist nicht einmal sonderlich schwierig. Man hat oft genug festgestellt, daß das menschliche Auge ohne Hilfe durch verhältnismäßig tiefes und klares Wasser hindurchsehen kann. Es ist also leicht, sich vom Apparat aus ein Bild darüber zu machen, was die Wasserbeherbergen, und beispielsweise eine Klippe von einem Sandberg, ein Auenfeld von einem Salzpfad von Fischen zu unterscheiden. In diesen Dingen leistet das menschliche Auge sogar bessere Dienste als der photographische Apparat, da es ungleich empfindlicher auf Farben reagiert. Die Fischplätze sind aber gerade durch ihre verschiedenen Färbungen kenntlich. So zeigt beispielsweise eine rötliche Zone den Zug eines Tunfischschwarms und ein blauer Fleck einen Heringszug an, während im Wasser in bestimmten Zwischenräumen ausbleichende Lichter die Anwesenheit von Sardinen verraten. Man kann zu diesem Zweck jeden Aeroplan, jedes Wasserflugzeug oder auch ein lenkbares Luftschiff verwenden, ohne daß es einer besonderen Herrichtung bedarf. Das Flugzeug nimmt nur einen Piloten, den Beobachter und den Apparat für die Nachrichtenübermittlung an Bord.

Kulturhistorische Ausstellung in Königsberg. Am Jahre 1924, in dem 200 Jahre seit der Vereinigung der drei bis dahin getrennt gebliebenen Städte Königsberg, Weidenburg und Ansbach zu einem einheitlichen Gemeinwesen vergangen sein werden und in dem zugleich der 200. Geburtstag Karls beugang wird, beabsichtigt die Stadt Königsberg eine kulturhistorische Ausstellung zu veranstalten, die die Entwicklung Königsbergs auf allen Gebieten veranschaulichen soll.



## Reichswehrblod Koffbach.

Die Unterfuchung über den „Reichswehrblod Koffbach“ in Wagdeburg hat, wie vom Reichswehrministerium mitgeteilt wird, zu folgendem Ergebnis geführt:

Im März versuchte Koffbach Einfluß auf die Wagdeburger Reichswehr zu gewinnen; er mußte eine Besprechung mit 3 Offizieren und mehreren Unteroffizieren und Mannschaften herbeiführen, bei der aber die Offiziere seine Annäherungsversuche scharf abwießen, ihren Vorgesetzten davon Meldung machten und den Unteroffizieren und Mannschaften jede fernere Beziehung zu Koffbach verboten. Sein einziger Erfolg war, daß einer seiner persönlichen Freunde, der 19jährige Kraftfahrer Niehl, insofern zur Verbreitung „völkischen Geistes“ im Heere den Reichswehrblod Koffbach gründete, dem er auch eine „Fehme“ angeschlossen. Der „Blod“ umfaßte noch 4 Kraftfahrer und einen Oberfährt, ihn weiter auszubreiten, ist Niehl nicht gelang; der „Blod“ blieb eine auf 6 Personen beschränkte, völlig einflusslose politische Spielerei. Die örtlichen Befehlsstellen der Reichswehr, die noch keine gesetzliche Handhabe zum Einschreiten gegen Koffbach besaßen, die aber die nationalsozialistische Bewegung nach seinem ersten Auftreten in Wagdeburg mit besonderem Nachdruck verfolgten, waren bereits auf Niehl aufmerksam geworden; er war zur fristlosen Entlassung eingegeben worden, als er von der Polizei festgenommen wurde und die ihm durch Einbruch entwandenen Sahungen des „Reichswehrblods“ in mehreren Zeitungen erschienen. Es ist in höchstem Grade bedauerlich, daß diese ihr Material nicht den militärischen Behörden mitteilten, sondern zunächst es ungeprüft in sensiblen Ausbungen veröffentlichten; so wurde der Gang der militärischen Untersuchungen erschwert und verlangsamt und die Deffentlichkeit ungerechtfertigt schwer beunruhigt.

Gegen Niehl und die übrigen Blodmitglieder ist Anzeige wegen Geheimbündelerei erstattet; diejenigen, denen Unwürdigkeitshandlungen nachgewiesen wurden, darunter Niehl, sind entlassen worden. Niehl ist in Leipzig in Haft.

Die Unterfuchung hat also ergeben, daß die Angaben des „Vorwärts“ durchaus mit den Tatsachen übereinstimmen. Wenn das Reichswehrministerium glaubt, daß es besser gewesen wäre, das Material geheim zu halten, so sind wir durchaus anderer Meinung. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die Veröffentlichung wesentlich dazu beigetragen hat, die Angelegenheit zu klären und sie rasch den zuständigen Instanzen zuzuführen. Wir hoffen, daß das weitere Verfahren sich vor allem mit der geheimbündlerischen Tätigkeit Koffbachs befassen wird, der bekanntlich wie alle Freiheitspartei der Stirne hat, sich als das verfolgte Unschuldslamm zu gebärden.

## Nette Hüter der Republik!

**Ehrfurcht dem Hause Wittelsbach, die Revolution 1918 ein strafrechtliches Verbrechen!**

München, 17. Juli. (Eig. Draht.) Im bayerischen Landtag wurde am Dienstag die sozialdemokratische Interpellation über den Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus verhandelt. Die Interpellation wurde begründet von dem Genossen Sängler, der den Boden der bayerischen Separationsbestrebungen in jenem Beschlusse der 58 bayerischen Abgeordneten im Jahre 1870 erblickt, nach dem im deutsch-französischen Kriege Bayern Neutralität zu beobachten hätte. Genosse Sängler wertete dann die außenpolitische Seite des Prozesses und richtete an den Minister des Innern, der die Interpellation später beantwortete, eine Reihe von Fragen auf Grund des Prozeßergebnisses. Vor allem die Frage nach den Hintermännern des Fuchs und Machhaus, nach der Rolle, die Kahr, Pöhner, Fiedl, Wöhl und Ruppert Wittelsbach in diesem Zusammenhange spielen. Außerdem fragte er, was die bayerische Staatsgewalt in den Jahren getan habe, in denen ihr die Spionagefähigkeit des Reichs bekannt war.

Zu einem heftigen Zusammenstoß mit der rechten Seite kommt es, als Genosse Sängler davon spricht, daß das Zusammenwirken der Vaterländischen Verbände mit französischem Judasgeld bezahlt werde. Hier greift auch der Präsident ein und behauptet, es sei seine Pflicht, bayerische Staatsbürger vor diesen Besoldigungen in Schutz zu nehmen. Mit kühlem Lächeln stellt hierauf Genosse Sängler fest: Es ist jedenfalls etwas durchaus Neues in diesem Hause, daß der Präsident sich zum Sachwalter der Geheimorganisation „Blücher“ und der Geheimorganisation „C“ aufwirft. Am Strausmanns teilte der Redner dann, daß Fuchs nur 12 Jahre Zuchthaus bekommen habe, während der degenerierte Wülfle Crepprechting, der nicht halb so weit kam in seinem Hochverrat wie Fuchs, lebenslang ins Zuchthaus geschickt wurde. Genosse Sängler schloß mit folgenden direkt an den Minister Schweyer gerichteten Worten: Solange Sie das Sammelurteil dieser Geheimorganisation dulden, solange Sie Waffen dulden anderswo als in den Händen der dazu bestimmten Organe, solange werden wir in Bayern mit hochverräterischen Unternehmen à la Fuchs-Machhaus dauernd zu rechnen haben.

Hierauf ergriff Minister Schweyer das Wort. Er sagte Wert darauf, vor allem die außenpolitische Seite des Prozesses zu würdigen. Das Vorgehen der Sozialdemokratie nannte er eine parteipolitische Ausschlagung. Er solle auch heute noch dem Hause Wittelsbach Ehrfurcht und müsse feststellen, daß der ehemalige Kronprinz mit der Sache absolut nichts zu tun habe. Infolge eines Zwischenrufes machte er die Bemerkung, daß auch die Revolution von 1918 ein Hochverrat war, der nicht nur ein moralisches, sondern auch ein strafrechtliches Verbrechen gewesen sei. Wenn man diesen Verbrechen nicht verfolge, so lege das lediglich an den dazu fehlenden Nachmitteln. Im übrigen stütze sich der Minister, ohne auf die Fragen des Interpellanten näher einzugehen, auf die vom Gericht gegebenen Urteilsbegründungen.

Damit ist die Interpellation geschlossen, nachdem durch eine Abstimmung für eine Aussprache der Interpellation eine Mehrheit im Landtage nicht zu finden war. Der Führer der Demokratie nannte diese Taktik der Regierungsmehrheit eine unerhörte Provokation des Parlaments.

## Münchener Polizei gegen Nationalsozialisten.

München, 17. Juli. (Eig. Draht.) Infolge der schweren Vorwürfe der rechtsstehenden Presse gegen die Polizei, die am Sonnabend den Hitler-Garden und den von ihnen verführten Turnern mit Gewalt entgegengetreten ist, wurde am Dienstag eine amtliche Mitteilung ausgegeben, in der es heißt: Die erhebende vaterländische Kundgebung des Turnfestes, die tatsächlich vom Geist vollster Einmütigkeit getragen war, mußte vor Störungen parteipolitischer Art bewahrt werden. Das ist im allgemeinen gelungen. Wenn es trotzdem am 14. Juli nach der nationalsozialistischen Versammlung im Zirkus Krone zu einem bedauerlichen Zusammenstoß gekommen ist, so trifft dafür die Verantwortung jene Männer, die, wie schon so oft, auch hier wieder ihre Parteihänger und Sturmtropps zum Ungehorsam gegen die Befehle und die behördlichen Anordnungen veranlaßt haben. Tief

bedauerlich ist es, daß hierbei Turngäste, die an dem parteipolitischen Unzuge teilnahmen, zu Schaden gekommen sind. Uebertriebenen Gerüchten gegenüber sei festgestellt, daß es weder ernstlich Verletzte, noch gar Tote gegeben hat. Die festgenommenen Personen sind nach am gleichen Tage wieder entlassen worden. Unwahr ist, daß fremde Polizei eingeseht war. Unwahr ist auch, daß die Schutzmannschaft mit blanker Waffe auf den Zug gewartet habe. Dagegen richtig, daß die Polizei erst dann von der Waffe Gebrauch machte, als wiederholte Aufforderungen zur Einstellung des verbotenen Unzuges und zur Entfernung der Parteifahrt in müßter Beschimpfung abgelehnt worden waren und durch den gewalttätigen Widerstand ein Polizeibeamter erheblich verletzt wurde. Im übrigen wird die ganze Angelegenheit dem Gerichte übergeben.

Eine für Dienstag mittag wieder angelegte Verlammlung Hillers wurde abermals verboten und der Zirkus polizeilich besetzt. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

## Zum Tode des Genossen Strobel.

Wie wir bereits berichteten, ist in Mannheim am letzten Sonnabend Gen. Georg Strobel, badischer Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der badischen Parteiorganisation, gestorben. Strobel war am 16. Mai 1883 in Windsbach in Bayern geboren und hat an der Volksschule seiner Heimat und an der Fortbildungsschule in Rinnberg erstes Wissen erworben. Er ergriff den Bäckerberuf und zeigte sich in seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit so tüchtig, daß er schon 22jährig als Beamter in den Bäckerverband berufen wurde. Vier Jahre später wurde er Parteisekretär in Mannheim, und hier bewährte er sich so, daß er 1919 als Nachfolger von Geß das Amt eines Vorsitzenden des Bezirksverbandes antreten konnte. In der Mannheimer Stadtverordnetenversammlung und im badischen Landtag hatte er durch rastlose sachliche Arbeit hohes Ansehen erworben. „Es sind vier Momente“, sagt die Heidelberger „Volkzeitung“, „die Strobel's Bedeutung am markantesten hervorheben lassen: eine hervorragende psychologische Einsicht in die Masse und elementar-taktisches Geschick, was ihn zum glänzenden Verlammlungsleiter und -propagandisten prädestiniert sein ließ; eine oftmals fast frapperende, nüchtern-klare Beurteilung der Dinge, die ihn zu einem herausragenden Realpolitiker machten; die abfagende Haltung sowohl gegenüber allen nichtsagenden Redereien und hohlen Tiraden wie gegenüber schmeicheleider Selbstbehauptung, die ihm bei Sturm und Ebbe den richtigen Maßstab für eine positive Politik frei von leeren Gesteht finden ließen; in warm schlagendes Herz für alle Bedrängten und Unterdrückten, das ihm die beste Eignung zum Führer der um Befreiung aus den Ketten des Kapitalismus kämpfenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gab. So ist der früh Verstorbene, wissens- und erfahrungsgereicht „Mann des Volkes“ — im besten Sinne des Wortes — mit Amt und Ämtern gemittelt worden über sich selbst hinausgewachsen, hat seinen Nachfahren im kämpfenden Proletariat an seinem persönlichen Lebensweg und an seinem allgemeinen Werk den Weg für die Zukunft gewiesen.“

Strobel erlag, kaum 40jährig, einem schweren Herzleiden. Die Einäscherung der Leiche des verstorbenen Genossen hat Dienstag nachmittag in Mannheim stattgefunden.

## Krise in Oldenburg.

Oldenburg, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Oldenburgische Landtag trat am Dienstag zusammen, um die Wahl der Regierung vorzunehmen. Infolge Obstruktion der Sozialdemokratie und der Demokraten, die sich gegen die vom Zentrum ersehnte große Koalition wehren, konnte die Wahl nicht erfolgen. Die sozialdemokratische Fraktion stellte deshalb den Antrag, den Landtag bis zum 14. August zu verlegen und dann die Wahl der Regierung vorzunehmen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Parteien werden inzwischen versuchen, sich über die Regierungsbildung zu einigen.

## Die belgische Dienstpflicht.

Brüssel, 17. Juli. (W.F.) Die Kammer nahm mit 36 gegen 76 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen den Regierungsvorschlag an, wonach die Dienstpflicht bei der Infanterie auf zwölf Monate, bei den anderen Truppengattungen auf dreizehn Monate festgesetzt wird.

## Schluß in Lausanne.

Lausanne, 17. Juli. (W.F.) Die offizielle Vollziehung der Kaufmann-Konferenz, die von 5 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends dauerte, endete mit einer vollen Bestätigung der gestern erzielten Einigung. Damit sind die Arbeiten der Konferenz offiziell abgeschlossen und der Frieden im Orient ist virtuell gesichert. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages findet am 24. Juli in Lausanne statt. Ausland wurde eingeladen, innerhalb von drei Wochen des Abkommens in Konstantinopel zu unterschreiben.

Nacheinander tagten die drei Komitees, aus denen sich die Konferenz zusammensetzte, das politische, was wirtschaftliche und das Finanzkomitee, wobei die verschiedenen Delegierten die vorgesehenen grundsätzlichen Erklärungen abgaben. Die Delegierten beglückwünschten sich zum Abschluß des Friedens und sprachen die Hoffnung aus, daß die Durchführung des Friedensvertrages, die noch viele schwere und ernste Aufgaben stelle, von allen Seiten ernsthaft angestrebt werde.

## Benesch ist zufrieden.

Prag, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die „Prager Presse“, Regierungsorgan, veröffentlicht in ihrer Dienstausgabe eine Unterredung ihres Pariser Vertreters mit dem Außenminister Dr. Benesch. Er erklärte auf Grund seiner Besprechungen in London und Paris, daß die politische Lage auf ihn in jeder Beziehung einen günstigen Eindruck gemacht habe. Es bestehe die Hoffnung, daß das Reparationsproblem bis zum Herbst geregelt sein werde. Trotz der Verschiedenheit der englischen und französischen Ansichten über die Lösung dieser Frage brauche man nicht pessimistisch zu sein. Außerdem äußerte sich Benesch über die Handelsvertragsverhandlungen zwischen England und der Tschechoslowakei, die günstig beendet worden seien. Auch über das ungarische Problem sei mit der englischen Regierung ein Übereinkommen erzielt worden. Ferner habe er mit den maßgebenden alliierten Staatsmännern über die Einräumung eines Sitzes im Völkerbund für die Kleine Entente Führung genommen und in dieser Beziehung Zusagen erhalten. Die Einzelheiten über diese Frage würden auf der Konferenz in Sinaia geregelt werden.

## Ein sozialistischer USA.-Senator.

New York, 17. Juli. (W.F.) In St. Paul im Staate Minnesota ist bei der Senatswahl der sozialistische Kandidat Magnus Johnson gewählt worden. Der republikanische Regierungskandidat Gouverneur Brewster ist mit großer Mehrheit geschlagen worden.

# Wirtschaft

## 63 Prozent Kohlenpreiserhöhung.

Amlich wird gemeldet:

Im Anschluß an die am Montag im Reichsarbeitsministerium getroffenen Lohnvereinbarungen, die vom 17. bis 22. Juli eine Lohnerhöhung um 40 Proz. und vom 23. bis 31. Juli eine weitere um 30 Proz. — das ist um 82 Proz. gegenüber dem Lohn vor dem 17. Juli — vorsehen, berieten Reichskohlenverband und großer Ausschuß des Reichskohlenrats über entsprechende Kohlenpreiserhöhungen. Es wurde festgestellt, daß die bisherigen Kettograbenpreise des Bergbaus, insbesondere im unbesetzten Gebiet, sowohl gegenüber 1913 als gegenüber März/April dieses Jahres erheblich weniger gestiegen sind, als der Durchschnitt der sonstigen Industriestoffe. Die Anträge der Syndikate lauteten auf Erhöhung der Preise nach den vorstehend angegebenen Prozentflächen der Lohnerhöhung.

Es wurde indessen beschlossen, die Preiserhöhung für die erste Periode nur mit 32 Proz. (statt 40 Proz.) zu bemessen und erst ab 23. Juli den vollen Lohnsteigerungsprozentsatz von 82 Proz. auch auf die Preise anzuwenden. Außerdem wurde beschlossen, die für die beiden Perioden berechneten Preise in einem einheitlichen Mißmaß zu berechnen, der dann vom 17. bis 31. Juli gilt, umzurechnen und nur diesen Preis zu veröffentlichen, um nicht durch zu rasch aufeinanderfolgende Preisänderungen den Kohlengeschäftsvorkehr zu erschweren und Unruhe in die Verbraucherschaft zu iragen. Die hierauf auf dieser Grundlage fast einstimmig gefassten Beschlüsse führten in allen Revieren zu Preiserhöhungen um 63 Proz. mit Wirkung vom 17. Juli bis 31. Juli. Der Beitrag für die Bergarbeiterleistungen wurde von 6750 auf 11230 M. pro Tonne erhöht. Die neuen Brennstoffverkaufspreise stellen sich demnach für rheinisch-westfälische Fettkohle auf 1361000, für mitteldeutsche und ostfälische Braunkohlenbriketts auf 733000, für ostfälische Kohle auf 213000, für mitteldeutsche Kohle auf 225000, für niederschlesische Steinkohle auf 2062000, für niederschlesische Brechkohle auf 2031000, für oberschlesische Stückkohle auf 1172000 und für oberschlesische Stückkohle auf 1888000 M. pro Tonne.

Die Kohlenpreiserhöhung droht zu Verhältnissen zu führen, die auf die Dauer unerträglich sind. Der Kohlenpreis steht jetzt gemessen an der rheinisch-westfälischen Fettkohle auf dem 116000fachen Vorkriegsstand, hat sich also erheblich stärker erhöht, als selbst der Preis des Dollars an den ausländischen Börsenplätzen. Der Hinweis darauf, daß die Kettograbenpreise, das sind die Preise ohne Kohlensteuer, weniger gestiegen sind als andere Rohstoffpreise, ist deshalb keine Begründung, weil seit der Kohlensteuer im Ruhrgebiet fast alle industriellen Rohstoffe mit Hilfe ausländischer Kohlen hergestellt werden müssen, während bei der Gewinnung der inländischen Kohle der längst nicht im Verhältnis zur Valuta gestiegene Lohnpreisen wirken mußte. Mit dem Hinweis auf den niedrigeren Kettograbenpreis soll dem wohl auch ein neuer Vorstoß zur Abschaffung der Kohlensteuer eingeleitet werden, der erst dann gerechtfertigt wäre, wenn die Bergarbeiter Weltmarktlöhne erhielten.

Die starke Uebersteuerung der Kohlenpreise wird auf die verarbeitende Industrie, die ihr zugestimmt hat, von großem Einfluß sein. Mit dem Hinweis auf die Kohlenpreise wird man allermoms Preiserhöhungen vornehmen, die den Verbraucher belasten. Die verantwortlichen Stellen haben angekündigt, daß sie die Unterlagen für ihre Preisbemessung demnächst veröffentlichen werden. Dann wird es an der Zeit sein, sich mit der Kohlenpreispolitik grundsätzlich auseinanderzusetzen. Schon jetzt aber läßt sich sagen, daß eine derartige Uebersteuerung des wichtigsten Rohstoffes für die breiten Massen unerträglich werden wird, wenn nicht die allgemeine Einführung von erbisständiger Löhne die automatische Anpassung des Arbeitslohnes an die steigende Teuerung möglich macht.

## Lebensmittelknappheit infolge falscher Devisenpolitik.

Die knappe Zuteilung der wichtigsten Devisen, die die Reichsbank seit einigen Wochen vorzunehmen gezwungen ist, hat sich bereits auf die Lebensmittelversorgung ausgewirkt. Es ist der ständige Zustand eingetreten, daß der deutsche Importeur, im Gegensatz zu den Exporteuren, die in vielen Fällen in echt patriotischer Weise auf ihren Devisen sitzen bleiben, nicht über genügend ausländische Zahlungsmittel verfügt, um den notwendigen Bedarf an Importwaren bezahlen zu können. Die Folge ist eine Verminderung der Importgüter und ein Anziehen der Preise für Importartikel. Besonders unangenehm macht sich der Mangel an Devisen im altschleichen Rheinland und im Ruhrbezirk bemerkbar, wo die Lebensmittelbedürfnisse im allgemeinen durch die Repressalien sehr knapp geworden sind, und wo man infolge des Devisenmangels Fette, Kartoffeln, Gemüse usw. aus Holland und Italien nicht annähernd in dem Maße einführen kann, wie der Bedarf es verlangt.

Wie wir erfahren, haben in Berlin zwischen den in Frage kommenden Regierungsstellen und den Händler- und Verbraucherorganisationen bereits entsprechende Verhandlungen stattgefunden. Es wurde eine grundsätzliche Einigung dahin erzielt, daß der für die Volksernährung wichtigste Devisenbedarf an einer Berliner Stelle einheitlich zusammengefaßt und bevorzugt behandelt werden soll. Auf die westdeutschen Importeure soll besonders Rücksicht genommen werden. Ueber die Einzelheiten wird noch im Reichsernährungsministerium verhandelt.

## Ankündigung öffentlicher Gebührenhöhe an den Lebenshaltungsindex.

Immer weiter breitet sich die Goldrechnung auch im Reichsbereich aus. Durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 14. Juli 1923 ist bestimmt worden, daß die Eichegebühren vom ersten Montag eines jeden Monats ab mit der vom Statistischen Reichsamt zuletzt veröffentlichten, auf volle Tausend nach unten abgerundeten wöchentlichen Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (einschließlich Bekleidung) zu veranschlagen sind. Die Verordnung tritt am 1. August 1923 in Kraft. Ebenso wird der Reichswirtschaftsminister im „Reichsministerialblatt“ und im „Reichsanzeiger“ einen neuen öffentlichen Gebührenkatalog für die Musterungsverhandlungen der Seemannsämter mit Wirkung vom 23. d. M. veröffentlichen. Dieser Tarif paßt sich ebenfalls der Reichsindexziffer an. Werden während des Aufenthalts eines Schiffes im Zuständigkeitsbereich eines Seemannsämter Amtsgeschäfte vorgenommen, so ist für die Berechnung der Gebühren für sämtliche Amtsgeschäfte diejenige Indexziffer maßgebend, die Anwendung finden würde, wenn das letzte Amtsgeschäft allein vorgenommen wäre. In gleicher Weise werden die Gebühren für die Schiffsvermessung vom 1. August 1923 ab den veränderlichen Geldverhältnissen in der Art nach dem Reichsindex angepaßt werden.

**Devisenliste.** Unterer getriggen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 Ann. Mark 6985, — Geld, 9015, — Brief, 100 Österr. Kronen (abgestempelt) 811,22 Geld, 812,78 Brief, 1 tschechische Krone 6508,50 Geld, 6530,50 Brief, 1 ungarische Krone 24,90 Geld, 25,07 Brief, 1 bulgarische Lewa 1995 Geld, 2005 Brief, 1 jugoslawischer Dinar 2854 Geld, 2966 Brief.

**Ein neuer Freihafe wurde am Dienstag in Flensburg feierlich eröffnet.**







Eine Autofahrt mit Hindernissen.

Eine verunglückte Autofahrt, wie er sie etwa für den Kintopp auch mit vollem Bedacht nicht hätte zustande bringen können, machte gestern mittag ein 18 Jahre alter Automobilschlosser Josef Gräger aus Frankfurt a. M. unfreiwillig in den Straßen Berlins.

Der junge Mann wollte sich einmal wenigstens ein kleines Stück von der Welt ansehen, machte sich vor vier Wochen auf die Wanderschaft und kam vor acht Tagen über Hienburg und Hamburg nach Berlin. Hier war er bald so weit, daß er im Hof für Obdachlose übernachtete. Drei Nächte hielt er es dort auch aus. Dann zog er es vor, unter den Linden vor einem großen Neubau eine neue Schlafstelle auf einem Erdhaufen zu beziehen. Hier gefiel es ihm schon besser als in der stickigen Luft des Obdachs. Aber dennoch packte ihn das Heimweh. Hin und her sann er, wie er wohl nach Frankfurt a. M. zurückkommen könnte, aber er fand keinen Weg, sich das erforderliche Reisegehd zu verschaffen. Da sah er vor dem Hause unter den Linden 2 einen schönen großen Mercedes-Wagen stehen. Weil er als Spezialschlosser auch wenigstens eine kleine Ahnung vom Steuern eines Autos zu haben glaubte, turbinete er an, schwang sich auf den Sitz und fuhr los. Zunächst wollte er einmal seinen Hofstreunden noch den kostbaren Wagen zeigen und sah bei ihnen etwas genauer nach dem Reiseweg erkundigen. Also steuerte er auf die Fröbelstraße zu. Bis zur Schönhauser Allee ging auch alles gut. Dort aber fuhr er an der Ecke der Tresowstraße einen Paternosterpfahl glatt. Der schwere Pfahl schlug gegen einen Leitungsast der Straßenbahn und hatte auch diesen beinahe noch ungerissen. Der junge Gräger bekam einen Schreck und bog rasch nach der andern Seite aus. Da rannte er aber gegen einen Baum. Auch dieser fiel um, und die Karosserie des schönen Wagens ging in Trümmer. Jetzt verlor der junge „Chauffeur“ vollends die Gewalt über die Steuerung. Aber der Wagen rannte weiter, zunächst noch gegen einen Brunnen und dann in der Prenzlauer Allee an der Ecke der Fröbelstraße, dicht vor dem Ziel, gegen die Mauer des Siedenhauses. Jetzt war es aus. Nicht nur die Karosserie war verdorben, sondern nun auch der ganze Wagen. Gräger ließ das Steuer los, sprang ab und versuchte zu verschwinden. Die Straßengänger, die die tolle Fahrt gesehen hatten, waren auch schon in hellen Haufen zusammengelaufen, und der Unglücksfahrer hoffte im Gedränge untertauchen zu können. Das gelang ihm aber nicht. Man nahm ihn fest und führte ihn dem Leiter des Dezernats für Automobilabstahl im Polizeipräsidium vor. Damit hatte die kurze, aber ereignisreiche Autofahrt ihr Ende erreicht.

Der Brotpreis.

Eine Darstellung des Ernährungsamtes.

Zurzeit werden Behauptungen mehrfach verbreitet, nach denen zwischen den Brotpreisen in Berlin einerseits und den benachbarten Landkreisen sowie Potsdam andererseits ein nicht unerheblicher Abstand bestehe. Aus dieser Tatsache ist gefolgert worden, daß ein wesentlicher Grund der Verteuerung in Berlin in dem komplizierten Berliner Verwaltungsapparat liege. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin bemerkt dazu folgendes:

Die Tatsache, daß das Brot in den benachbarten Landkreisen und in Potsdam billiger ist als in Berlin, besteht, wenn auch die Unterschiede nicht überall gleich und zum Teil nicht sehr erheblich sind; in großen Gemeinden der Kreise (z. B. Nowawes) ist das Brot teurer, als in den rein ländlichen Bezirken. Unrichtig ist es aber jedenfalls, wenn die Schuld in der Verteuerung im wesentlichen dem Umfange des Berliner Verwaltungsapparates zugeschrieben wird. Ein Vergleich z. B. zwischen dem Kreise Teltow und Berlin ergibt für die laufende Woche, daß im Kreise das Mehl nur um 6 Proz. billiger an die Bäcker abgegeben wird, als in Berlin. Deshalb arbeitet aber die Kreisverwaltung noch nicht um 6 Proz. billiger als die Berliner Verwaltung; denn in dem Berliner Abgabepreis sind auch die Kosten der Mehlverteilung und die Gebühr für das Zurollen enthalten. Aber selbst die danach verbleibende nicht erhebliche Ueberhöhung der reinen Verwaltungskosten Berlins gegenüber denen der Nachbarkreise findet eine ausreichende Erklärung in der Tatsache, daß die Kreise nicht, wie Berlin, gezwungen sind, alles Mehl über Lager gehen zu lassen, sondern, daß ihre Bäcker das Mehl entweder unmittelbar von der

Mühle oder aber vom Bahnhof der Eingangstation abholen können, während Berlin bekanntlich zur Versorgung seiner Millionenbevölkerung dauernd erhebliche Mehllager unterhalten muß. Spielt somit der Unterschied der Verwaltungskosten, der hiernach ausreichend sachlich begründet ist, im Brotpreis nur eine untergeordnete Rolle, so stellen sich andererseits in Berlin andere sehr wichtige Faktoren des Brotpreises ganz erheblich höher, als in den beiden Nachbarkreisen und in Potsdam. So beträgt z. B. der Lohn in der laufenden Woche in Berlin 620 000 M., im Kreise Teltow 500 000 M. und in Potsdam 400 000 M. Diese Differenz überträgt sich naturgemäß auf eine Reihe weiterer Positionen der Brotpreiskalkulation, wobei ferner zu bedenken ist, daß in den ländlichen Bezirken so gut wie gar keine Verkaufskosten entstehen, die in Berlin eine beachtliche Rolle spielen. Auch die Sachkosten sind in Berlin durchweg erheblich höher, so daß z. B. infolge des höheren Berliner Kohlenpreises Unterschiede von mehreren hundert Mark je Brot entstehen. Uebrigens ist damit zu rechnen, daß sich die Unterschiede bei den bevorstehenden sehr starken Preiserhöhungen des Brotes allmählich verringern werden, wie denn überhaupt die Unterschiede selbst zum Teil darauf zurückzuführen sind, daß die Berliner Verwaltung unter dem Druck der Verhältnisse genötigt ist, die fortschreitende Markterwertung jeweils alsbald im Brotpreis zum Ausdruck zu bringen, während in den einfacheren ländlichen Verhältnissen die Wirkungen der Veränderungen der Wirtschaftslage in langsamerem Tempo sich bemerkbar machen.

Ärzte und Krankenkassen.

Vom Vorsitzenden des Verbandes der Krankenkassen, unserem Genossen Stadtrat Ahrens, erhalten wir auf die Zuschrift des Genossen Dr. Zabel folgende Erwiderung:

Das Honorar für die Kassenärzte ist allmonatlich gemäß der Markterwertung durch den Reichsarbeitsminister festgesetzt worden, und zwar das letztmal am 10. Juli für die Zeit vom 1. bis 15. Juli. Für die zweite Hälfte des Monats Juli wird die Höhe des Honorars am Ende dieses Monats im Reichsarbeitsministerium festgelegt werden. Es liegt also nicht an der schlechten Einsicht der Parteigenossen in den Kassenverhältnissen, wenn das Honorar nicht höher ist, sondern an der Tatsache, daß das Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium keine höheren Sätze bemilligen konnte, weil höhere Sätze eben von den Krankenkassen nicht getragen werden können. Die Schilderung des Genossen Dr. Zabel, daß als Honorar für die Behandlung eines Kassenmitgliedes während eines vollen Monats insgesamt etwa 18 000 M. gezahlt werden, ist völlig abwegig, da er ganz vergessen hat zu sagen, daß die Fälle, in denen der Arzt ein Mitglied einen ganzen Monat lang behandelt, die seltensten sind, während die meisten Monatsgebühren von den Mitgliedern nur ein- bis höchstens zweimal im Monat benutzt werden. Wir erinnern nur an die vielen Fälle der Verschreibung von Brillen, Bandagen, Bädern und ähnlichen Dingen, wo die Mitglieder nur einmal zum Arzt gehen und dafür auch die 18 000 M. gezahlt werden müssen. Außerdem dauert eine Behandlung in der Sprechstunde des Kassenarztes nicht länger als durchschnittlich 7 bis 8 Minuten. Die Kassenmitglieder wissen davon ein Lied zu singen und auch von der anderen Tatsache, daß leider die Ärzte die Besuche, die Genosse Dr. Zabel schildert, zum größten Teil bei Kassenmitgliedern unterlassen. Dafür wird bei Bettlägerigkeit sofort Krankenhaus verordnet. Bei der Zahlung im Pauschale ist es eben nicht zu vermeiden, daß langwierige und bequeme Fälle gleichmäßig bezahlt werden. Nach dem Schiedsspruch vom 10. Juli haben die Kassen zu zahlen für die ersten zwei Wochen im Juli 2437,50 M. pro Kassenmitglied, gleichgültig, ob dasselbe krank oder gesund ist. Das ergibt einen Gesamtbetrag für die Berliner Kassen von über 3 1/2 Milliarden Mark für zwei Wochen. Wenn sich darin die gesamten Berliner Ärzte, etwa 3300, zu teilen hätten, so ergäbe das pro Arzt die Summe von etwas über 1 Million Mark für die ersten 14 Tage des Juli. Wir behaupten nicht, daß dieses Einkommen für einen Arzt ausreichend ist. Auf der andern Seite haben wir aber immer festgestellt, daß die Kassenmitglieder nicht verpflichtet werden können, 3300 Ärzte in Groß-Berlin standesgemäß zu ernähren. Die Krankenkassen sind nicht verantwortlich dafür zu machen, daß Berlin 2000 Ärzte zu viel hat. Sobald wir in Berlin nur 1200 bis 1300 Ärzte zur Kassenpraxis zuzulassen hätten, eine Zahl, die auch nach Ansicht einer großen Zahl Ärzte völlig genügen würde, käme auf den einzelnen Arzt ein Einkommen nach obiger Berechnung von über 3 Millionen Mark für die ersten zwei Wochen des Juli, ein Einkommen, das sich um so mehr sehen lassen kann, als der Arzt ja privat noch dazu verdient. Die

Krankenkassen sind nicht daran schuld, daß alle Jahre 500 bis 600 Ärzte sich in Berlin zur Praxis niederlassen, die gar keine ist, bei den Kassen ihr Einkommen haben wollen. Die Sozialversicherung wird allmählich aus einer Wohltat, wie sie sein sollte, zu einer Plage für die Versicherten, und die Kassenmitglieder werden es sich überlegen müssen, ob sie in der Lage sind, noch höhere Beitragslasten auf sich zu nehmen, um die Ausgaben zu decken, die in der Hauptsache durch die ärztliche Versorgung und die hohen Naturalleistungen ins ungemessene steigen. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß der tägliche Verpflegungssatz in den städtischen Krankenhäusern schon 40 000 M., in den gemeinnützigen Anstalten über 65 000 M. beträgt. Auch die Parteigenossen in den Vorständen haben keine Freude an einem Arztstreik, da ganz selbstverständlicherweise hauptsächlich die Kassenmitglieder die Leidtragenden bei Ausbruch des Kampfes sein werden.

Vom Rechtsstandpunkt aus betrachtet, sind die Ärzte an den bestehenden Vertrag gebunden. Derselbe ist zwischen den bestehenden Kassenverbänden (Orts-, Betriebs- und Innungsstellen) und der Wirtschaftlichen Abteilung am 1. März 1921 auf fünf Jahre geschlossen, und steht vor, daß im Streitfalle ein Schiedsgericht über die Höhe des Honorars entscheidet. Der Vorstand des Ärztevereins und die Kassen waren sich bisher darin einig, daß die Entscheidung des Schiedsgerichts für beide Teile rechtsverbindlich ist, da die Fassung „das Schiedsgericht entscheidet“, eine andere Auslegung unmöglich macht. Wenn sich die Ärzte jetzt der Entscheidung des Schiedsgerichts nicht unterwerfen wollen, so würde ein Vertragsbruch vorliegen, der es den Kassen unmöglich machen würde, die freie Arztwahl weiter beizubehalten und der für den größten Teil der Ärzte von den schwersten Folgen begleitet sein dürfte.

Der Mord in der Prenzlauer Allee aufgeklärt.

Der Täter gefänglich.

Nach fast achtzigem hartnäckigen Beugnen hat der Blahmeister Samuel Leppjohn aus der Lothringer Str. 56, der am Donnerstag voriger Woche die Ehefrau Fanny des Altfeinhandlers Förster aus der Hiddensder Str. 9 auf dem Lagerplatz an der Ecke der Prenzlauer Allee von der Altbieder Straße durch sieben schwere Beihiebe auf den Kopf tödlich und dann das Dienstmädchen der Ermordeten in deren Wohnung mit einer Drahtschlinge zu erdrosseln versuchte, jetzt endlich ein Geständnis abgelegt.

Er hat endlich zugegeben, daß er Frau Förster erschlagen habe — wie er sagt, hatte er sich darüber geirrt, daß die Frau ihm wegen einer einige Tage vorher von ihm begangenen Unterdrückung heftige Vorwürfe machte und drohte, ihrem Manne die Veruntreuung mitzuteilen. In der Wut fiel er über sie her und schlug solange auf sie ein, bis sie tot war. Um nun die einzige Zeugin, die ihm gefährlich werden konnte, zu beseitigen, ging er nach der Wohnung, um auch die Hausangestellte unzu bringen. Er durchwühlte dann alle Behältnisse, aber nur, wie er sagt, um nach einem Schriftstück zu suchen, nach einem Briefe, den, wie er beschränkte, Frau Förster wegen seiner Unterschlagungen an ihren Mann richten wollte. Geraubt hat er, wie der mittlerweile von seiner Reise zurückgekehrte Gemann der Ermordeten festgestellt hat, in der Tat nicht das geringste. Nach dem Verbrechen ging der Täter weg, um sich ein Mißli zu verschaffen. Zu diesem Zwecke erlittete er auch einen Überfall auf einen Hausflur in der Antonstraße und ließ sich auf einer Rettungswache einige unbedeutende Hautabschürfungen verbinden. Mittags rief er endlich durch den Fernsprecher auf dem Lagerplatz an, wurde persönlich dort hinfestelt und bei seinem Einreisen gleich festgenommen. Nach dem Geständnis brach der Verhaftete, der bisher so sicher aufgetreten war, vollständig zusammen. Er konnte nicht weiter vernommen werden. Nachdem er sich beruhigt und erholt hat, wird er im Laufe des heutigen Mittwochs noch einmal eingehend und endgültig verhört werden.

Der Raubmord in Schöneberg beschäftigt die Nordunterforschungskommission unausgesetzt weiter. Es ist zwar noch nicht gelungen, die Persönlichkeit des Täters festzustellen, aber es sind doch bereits bestimmte Spuren gefunden, die nun weiter verfolgt werden müssen. Die Leiche des Ermordeten wurde gestern nachmittag von dem Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch obduziert. Das Ergebnis bestätigte die ersten Feststellungen des Gerichtsarztes am Tatort: die Todesursache ist Ermürgen. Am Hals sowohl wie im Innern zeigten sich die Merkmale des Erwürgungstodes.

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

„Danke!“ sagte Gude. Ich habe schon für einen Dampfer gesorgt. Wir fahren um 9 Uhr vom Zollboden ab, wo ich Sie bitte, sich einzufinden.

Pauli hatte den Kopf mit einem Ruck erhoben, schwieg aber. Kurz darauf sagte er: „Ich habe Ihren Bericht über die Dänische Werft bei Steensen gesehen. Es ist eine Riesearbeit für Sie gewesen, alle Einzelheiten zu sammeln.“ Er lächelte jugendlich: „Das Material war sicher nicht in der besten Ordnung. Wir haben die Dinge in der Dänischen Werft in großen Jügen, mit Kleinigkeiten gaben wir uns nicht ab! Ich versichere Ihnen, Gude: Ihre vorzügliche Darstellung hat mich vieles gelehrt, zu dessen Studium ich selbst nie Zeit gefunden habe. Ich bin Ihnen auch wahrlich dankbar!“

„Keine Ursache!“ warf Gude hin. „Sie haben übrigens wohl gesehen, daß der Bericht nicht vollständig war.“

Pauli nickte jovial: „Unsere armen russischen Kontrakte haben Sie löblicherweise ruhen lassen.“

„Ja,“ sagte Gude trocken. „Die verschiedenen dunklen Punkte darin habe ich vorläufig ganz drauhen gelassen.“

„Aun ja.“ Pauli lüftete. „Die Kaufsumme ist ja nie bezahlt worden. Die Revolution kam dazwischen. Das kostete die Werft zweieinhalb Millionen. Aber ich vermute, daß alle Beilagen, die das Geschäft betreffen, fehlen.“

„Leider ja!“ sagte Gude. „Die Bolschewiki besetzten ja nach dem Einrücken die Bureaus der Murmanbahn. Einen Teil der Ingenieure erschossen sie.“

Pauli sah hastig auf.

„Mit mehreren von ihnen war ich gut bekannt.“ fuhr Gude fort. „Die Abrechnungen und Papiere der Bahn bleiben in Archangelst.“ Er fügte hinzu: „Auf jeden Fall teilweise.“

Pauli blickte ihn immer noch an, dann wandte er sich lächelnd und kopfschüttelnd an Gerda. „Ja,“ befragte er, „da schreiben sicher jetzt die Bolschewiki Proklamationen hinten auf die Rechnungen der Werft, und die roten Gardisten wohnen in unseren armen Transportbooten missamt ihren nationalisierten Bekleidern!“

Es entstand eine Pause. Gerda war in Gedanken gefallen. Gude sah, wie ihre Züge sich verdüsterten, müde und traurig starrte sie vor sich hin. Sicher dachte sie jetzt an ihr schweres Schicksal — an ihre ganze unphäre Zukunft.

Blöglich schien ihr etwas einzufallen, das sie vergessen hatte.

„Hören Sie,“ sagte sie, „ich bin ängstlich geworden, hier an Bord zu wohnen. Als ich heute morgen fort war, ist jemand in meiner Kajüte gewesen. Meine Tür war mit einem Dietrich geöffnet und die Sachen auf meinem Tisch waren umgesteilt.“

Pauli sprang sofort auf. „Hab ich nicht immer geahnt, welche Gefahr Sie hier laufen? Wollen Sie mir erlauben, den Tator einmal anzusehen?“

Sie erlaubte ihnen allen dreien, die Kajüte zu untersuchen, in der sie schlief. Die befand sich unter Deck. Es standen ein Diwan und ein paar von den roten Blüchesseln darin. Hinter einem Nachstuchvorhang in der Ecke befand sich das Bad.

„Sehen Sie!“ rief Gerda aufgebracht und zeigte auf die vordere Scheidwand der Kammer. Das Paneel trug Spuren eines stumpfen Instruments, eine Leiste war ungesähr abgebrochen. Sie zeigte ihnen ein Stück Stahl: „Das lag in meiner Koje, als ich nach Hause kam. Es ist ein Schraubenzieher.“

„Ein Stemmessen!“ berichtete Pauli.

„Und alle meine Bilder,“ rief Gerda, „haben sie durcheinander geworfen. Sehen Sie selbst!“ Sie wies auf ein Duzend Bilder, die über Koje, Diwan und Fußboden verstreut waren. „Ich ließ alles, wie es war,“ erklärte sie. „Aber am liebsten möchte ich doch, daß die Polizei käme.“

Pauli nahm nachlässig eins von Gerdas Bildern und hielt es mit ausgestreckten Armen von sich. Blöglich wandte er sich an Gerda: „Haben Sie das gemacht?“

Sie nickte stumm.

Gude beobachtete Pauli. Der hatte ein anderes Bild genommen und ein eigenes resoluter Lächeln erschien um seinen Mund, sein Blick streifte Gude.

„Darf ich die Bilder mit hinauf ins Licht nehmen?“ fragte er Gerda.

Auf dem Deck legte er sie eins nach dem anderen flach vor seine Füße.

„Sieh mal an!“ sagte er und nickte. Atemlos folgte Gerda seinem Ausdruck.

Pauli wandte sich um. Wieder trafen seine Augen Gude. Er lächelte: „Aber, gnädiges Fräulein, Sie können ja malen!“

Er betrachtete, beurteilte sie augenscheinlich: die billige Bluse trug die und da Fingerringe, in ihren Augen lag ein unsicherer Schimmer, um ihren Mund ein verängstigter Zug.

Gude hatte diese Bilder noch nicht gesehen, es waren kraftlose, tastende Versuche. Vielleicht gaben sie eine Ahnung davon, was die Malende gedacht und gefühlt, aber bei weitem nicht erreicht hatte.

„Sagen Sie mir, gnädiges Fräulein,“ fragte Pauli, „verlaufen Sie Ihre Bilder?“

Sie stand stumm da, doch ihre Augen funkelten.

Pauli hatte ein Bild gewählt. Und warum, dachte Gude, gerade das allerbanalste, das unverzagteste in seinem billigen Effekt?

„Ich möchte dieses Bild besitzen,“ sagte Pauli. „Und ich zahle Ihnen jeden Preis.“ Er lachte. „Vielleicht ziehen Sie es vor, daß ich Ihnen meinen Preis mache. Ich kenne besser als Sie den Wert von Bildern. Ich rechne mit Zukunftsausichten. Der Künstler soll seinen Anteil an der Steigerung haben! Sind wir einig?“

Sie stand da, den Ellbogen auf den Rand der Lute gestützt. Ein selbes Zittern durchfuhr stoßweise ihre Schultern.

Pauli wählte noch ein Bild: „Ich will Ihnen siebenhundert für das kleine, neunhundert für das große Bild geben. Sie sind mir doch nicht böse, daß ich mein Gebot in Gegenwart anderer mache? Seine Arbeit zu verkaufen, ist eine ehrliche Sache für jedermann. Darf ich die Bilder mitnehmen, wenn ich gehe?“

Gerdas Lippen zitterten, sie konnte kein Wort hervorbringen, aber ihre Augenlider nickten ein Ja.

„Schön,“ sagte Pauli kurz und zog ein Scheckbuch sowie einen Füllfederhalter heraus. Er füllte den Scheck auf dem Knie aus und reichte ihn Gerda, die ihn schlaff in der Hand hängen ließ. Gude hatte die Bankverbindung der Dänischen Werft auf dem Scheck gesehen und wußte, daß er wie alles, was Pauli auf sein überzogenes Konto zog, honoriert werden würde.

Pauli wollte Gerdas letzte Arbeiten sehen. Er wies mit Verständnis auf ein paar Fehler hin: diesem Bilde fehlte Wärme, jenes war zu blaß. Ein kühnen kräftiges Rot auf den sonnenbeschienenen Dächern würde wirken. „Aber machen Sie es fertig, dann werden wir sehen!“

Gerda hatte sich auf einen Flaggentasten gesetzt, wahrscheinlich zitterten ihr die Knie noch.

Kurz darauf kam der Wagen mit dem Mittagessen. Die beiden meißelgeleiteten Köche servierten. „In Zukunft“ rief sie dem kleinen Regierungen zu, „wünsche ich täglich die Rechnung zu erhalten!“

(Fortsetzung folgt.)



